Bern, den 2. März 2012

Das Bleiberecht-Kollektiv Bern trifft auf Regierungsrat Käser: „Hungrig nach mehr Rechten!“

Eine Delegation des Bleiberecht-Kollektivs Bern trifft sich heute 15.30 Uhr mit Regierungsrat Käser, um mit ihm über die menschenunwürdige Situation im Nothilfe-Regime zu sprechen.

Wir haben es satt, mit der ständigen Repression durch die Polizei, durch die Zentrumsleitung und den Migrationsdienst des Kantons Bern leben zu müssen! Als wir uns mit einem offenen Brief gegen die unhaltbare Situation im Sachabgabezentrum (SAZ) Eschenhof (Zentrum für abgewiesene Asylsuchende) zur Wehr setzten, haben die Behörden zu unlauteren Mitteln gegriffen: Die Zentrumsleitung verhängte ein Versammlungsverbot, welches sich nicht mit den in der Bundesverfassung garantierten Grundrechten (Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit) vereinbaren lässt und ein Bleiberecht-Aktivist erhielt ein weiträumiges Rayonverbot („Wegweisung“), welches sich mittlerweile als unrechtmässig herausstellte!
Vor dem SAZ Aarwangen patrouillieren PolizistInnen und kontrollieren die dort wohnenden Sans-Papiers. Absurderweise werden die BewohnerInnen des SAZ Aarwangen aufgrund ihres illegalen Aufenthaltes gebüsst! Die Bussen können nicht bezahlt werden – wie denn auch?! Die BewohnerInnen der SAZ erhalten gerade mal 6 Fr. in Sachabgaben! Es droht ihnen Gefängnisstrafe! Die Repressions-Maschinerie ist brutal und vielseitig (weitere Beispiele finden Sie im offenen Brief der BewohnerInnen des SAZ Eschenhof auf folgender Homepage: http://www.bleiberechtbern.ch). Nur durch mehr Rechte können wir uns aus dieser unwürdigen Situation befreien!
Bereits am 01. November 2011 protestierten wir vor der Polizei- und Militärdirektion gegen die Gesprächsverweigerung durch den Migrationsdienst des Kantons Bern sowie das menschenunwürdige Nothilfe-Regime. Am 27. Januar 2012 führten wir Gespräche mit Iris Rivas, Leiterin des Migrationsdienstes Kanton Bern. Sie zeigte sich schockiert über die Zustände im Nothilfe-Regime und versprach, Veränderungen zu prüfen. An der Kundgebung forderten wir zudem eine öffentliche Aussprache mit Regierungsrat Hans-Jürg Käser, dem Vorsteher der Polizei- und Militärdirektion. Dieser verweigerte jedoch eine öffentliche Diskussion und schlug stattdessen ein Gespräch hinter verschlossenen Türen vor. Obschon wir die Weigerung Käsers an einem öffentlichen Gespräch teilzunehmen, bedauern, sind wir bereit, mit einer Delegation des Bleiberecht-Kollektivs mit ihm in Kontakt zu treten. Heute äussert sich Regierungsrat Käser zu der Situation im Nothilfe-Regime – ist dieser doch als Vorsteher der Polizei- und Militärdirektion (POM) für dieses verantwortlich!

Unsere **Forderungen** an Regierungsrat Käser:

1. Versammlungsfreiheit in den Sachabgabezentren (SAZ), denn auch für abgewiesene Asylsuchende gelten Grundrechte!
2. Stopp den unsinnigen Polizeikontrollen (und die damit einhergehenden Bussen wegen illegalem Aufenthalt) in unmittelbarer Nähe der SAZ!
3. Wir fordern, dass Präsenznachweis im SAZ Eschenhof während der ganzen Dauer der Bürozeit geleistet werden kann und nicht wie momentan während einer Stunde! Diese Praxis schränkt die Gestaltung unseres Alltags schwerwiegend ein!
4. Geld statt Sachabgabe – wie dies bereits in anderen Kantonen (z.B. Zürich) die Praxis ist!
5. Wir fordern grundsätzlich die Abkehr vom Nothilfe-Regime und die Wiedereinführung der Sozialhilfe – für ein menschenwürdiges Leben!
6. Wir fordern das Recht auf Arbeit!
7. Wir fordern eine kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers!

BLEIBERECHT FÜR ALLE! KEIN MENSCH IST ILLEGAL!
www.bleiberechtbern.ch